

Die interkulturelle Nation

Vorschlag für eine sozialdemokratische Antwort auf den neuen Nationalismus

Dominik Bernhofer¹

Abstract

Das Thema Migration und Integration ist trotz Corona und Klimakrise das mittelfristig bestimmende innenpolitische Thema. Die Sozialdemokratie hat darauf bislang keine befriedigende Antwort gefunden. Der Fokus auf eine progressive Wirtschafts- und Sozialpolitik, die dem (Neo-)Nationalismus den ökonomischen Boden entzieht ist richtig und wichtig, muss aber um eine aktive Politik der interkulturellen Einigung ergänzt werden. Das Beispiel Kanada zeigt, dass durch eine institutionalisierte Anerkennung der kulturellen Minderheiten und einen kontinuierlichen Dialog über das Verhältnis von kultureller Anpassung und Differenz die Grundlage für einen interkulturellen Patriotismus geschaffen werden kann, der eine Nation auch unter multikulturellen Bedingungen zusammenhalten kann. Mit den austromarxistischen Überlegungen zur nationalen Frage und der Volksgruppenpolitik für die autochthonen Minderheiten hat Österreich taugliche Anknüpfungspunkte für eine eigenständige sozialdemokratische Erzählung zu Migration und Integration. Nur eine glaubwürdige Alternative zur aktuellen Hegemonie der rechten Parteien kann verhindern, dass die Sozialdemokratie endgültig zwischen Nationalismus und Kosmopolitismus aufgegeben wird².

Das Wiedererstarken des Nationalismus

Das Wiedererstarken des Nationalismus seit der großen Fluchtbewegung 2015/16 erinnert an die ausgehende Habsburgermonarchie³. Damals machte die zunehmende kapitalistische Entwicklung der peripheren Teile des Reiches und das damit verbundene „Erwachen der geschichtslosen Nationen“ (Bauer) die nationale Frage zu einem Kernthema der österreichischen Innenpolitik. Das Reich war gelähmt vom nationalen Streit. Oberflächlich ging es um die tschechischen Schulen in Wien und die innere Amtssprache Böhmens, dahinter verbargen sich aber tiefere Verteilungskonflikte um Wohlstand und Macht. Die Parteiführung erkannte sofort die Gefahr des Nationalismus für die Sozialdemokratie (wegen ihrer Ausdehnung auf alle Nationalitäten auch „kleine Internationale“ genannt); Je mehr Arbeiter in den nationalen Reihen des Bürgertums marschierten, desto weniger marschierten in den internationalen Reihen der Sozialdemokratie. Otto Bauer sah einen tiefen Keil im österreichischen Proletariat⁴; Die Arbeiter der unterdrückten Nationen, denen die kapitalistische Ausbeutung durch die deutsch-österreichischen Fabrikanten wie eine Fremdherrschaft erschien, vertraten einen *naiven Nationalismus*, der die Lösung der sozialen Frage im nationalen Kampf erblickte; Die deutsch-österreichischen Arbeiter wiederum, für deren soziale Situation die nationale Frage keine Rolle spielte, vertraten einen *naiven Kosmopolitismus*, der den nationalen Streit der bürgerlichen Parteien als reines Ablenkungsmanöver betrachtete und daher jeden nationalen Gedanken von vornherein als reaktionär verwarf⁵. Die kosmopolitischen Hoffnungen, dass Nation und Nationalismus infolge der kapitalistischen Entwicklung praktisch von selbst verschwinden haben sich aber nicht bewahrheitet. Die „kleine Internationale“ zerbrach ab 1912 in ihre nationalen Teile, noch bevor die 2. Internationale der Burgfriedenspolitik des 1. Weltkrieges zum Opfer fiel.

Nationaler Streit reloaded

Die Situation heute ist nicht gleich, aber ähnlich. Durch die Globalisierung kommt die nationale Frage machtvoll zurück. Die bürgerlichen Parteien streiten über Kopftuch und Islamkindergärten. Die Wählerbasis der Sozialdemokratie ist gespalten; Das linksliberale Bildungsbürgertum denkt (zu großen Teilen) kosmopolitisch, die „kleinen Leute“ (zu großen Teilen) nationalistisch. Wie schon Anfang des 20. Jahrhunderts scheint der Nationalismus den Sieg über die Sozialdemokratie davon zu tragen. Für Stuart Hall, den 2014 verstorbenen linken Vordenker und Begründer der Cultural Studies, wäre die heutige Situation keine Überraschung gewesen. Schon Mitte der 1990er sah er als Folge der (kulturellen) Globalisierung und der weltweiten Migrationsbewegungen „vom globalen Süden in den globalen Norden“ die „grundlegende Destabilisierung weißer Identitäten“ voraus und erkannte sie als zentrale politische Frage des 21. Jahrhunderts⁶. Das wachsende Selbstbewusstsein der postkolonialen Identitäten und ihre Re-Ethnisierung als eigenständige kulturelle Communities hat, als seine „rabiante Kehrseite“, die „defensive Restauration eines ethnischen Absolutismus“ zur Folge, der die Wiederherstellung von kultureller Homogenität und Reinheit zum wesentlichen Ziel erklärt.

Der empfundene Identitätsverlust in Teilen der Bevölkerung vermischt sich dabei mit dem brüchig gewordenen Aufstiegs- und Sicherheitsversprechen des National(sozial)staats zum Gefühl eines umfassenden Ordnungs- und Kontrollverlustes, dem wesentlichen emotionalen Bezugspunkt des modernen Rechtspopulismus. Um diesen gruppiert sich ein neuer politischer Konflikt, der die Auseinandersetzung zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den kulturellen Minderheiten auf die kosmopolitischen Eliten erweitert, die als „Entscheider“ für die globalisierungsbedingte Anomie ursächlich verantwortlich gemacht werden⁷. Die Rede vom Kontrollverlust durch das „brüchige Sicherheitsversprechen des Nationalstaats“ meint dabei weniger die Erzählung vom „machtlosen Nationalstaat“, der wegen der Globalisierung des Kapitals keine eigenständige Entscheidungs- und Handlungsmacht mehr besitzt⁸, sondern die fundamentale Krise des nachkriegskapitalistischen Wohlstandsversprechen, die – wie Oliver Nachtwey treffend analysiert – die Nationen des kapitalistischen Zentrums in „Abstiegsgesellschaften“ verwandelt hat. Demnach ist es die wachsende

ökonomische Ungleichheit und Unsicherheit, die den sozialen Nährboden bildet, auf dem Pegida & Co „gedeihen“ können.

In Österreich strukturiert sich der *neue Nationalismus* vor allem um die sogenannte „Flüchtlingskrise“. Die restaurativen Bemühungen der rechten Parteien äußern sich dabei in doppelter Weise, einerseits in der Obsession eines (EU-weit) intensivierten Grenzschutzes (im Kampf gegen die illegale Migration) und andererseits in der aggressiven Proklamation einer christlich-abendländischen Leitkultur, die eine kulturelle Unterordnung der Minderheiten einfordert und vor allem in einem strukturellen Antiislamismus zum Ausdruck kommt. Dieser „Kulturkrieg“ verbleibt aber nicht in der kulturellen Sphäre, sondern geht wesentlich tiefer; Er verbindet sich mit der sozioökonomischen Ebene und präsentiert die Migranten als Sozialschmarotzer, die der Mehrheitsbevölkerung „auf der Tasche liegen“. Eine Botschaft, die zwar nicht mit den Fakten harmoniert⁹, aber politisch dennoch höchst erfolgreich ist – und nicht erst seit der Kurzschien Fiktion von der „Einwanderung in den Sozialstaat“.

Die Vogel-Strauß-Politik der Sozialdemokratie

Die österreichische Sozialdemokratie hat auf diese Entwicklungen noch keine klare Antwort gefunden. Während sich die kosmopolitischen und nationalistischen Teile der Partei an den nationalen Zwistigkeiten beteiligen und die Stimmung gegen die Flüchtlinge und Minderheiten entweder befeuern oder lautstark kritisieren, schweigt die Parteiführung und hinterlässt so den Eindruck einer zerstrittenen und orientierungslosen Partei¹⁰. Hier rächt sich auch die jahrzehntelange Teilnahmslosigkeit dem Thema gegenüber. In den 20 (!) Bänden der *Sozialistischen Bibliothek*, die in den 1990ern herausgegeben wurden, findet man die nationale Frage nur als historisches Problem des Habsburgerstaates. Beiträge zu den aktuellen Herausforderungen der Migration sucht man vergeblich. Misik konstatierte schon 2010, dass die Sozialdemokratie 20 Jahre nichts gemacht habe¹¹. Bis zur „Flüchtlingskrise“ hat sich daran kaum etwas geändert. Man hat das Thema entweder unterschätzt oder – im Glauben nichts gewinnen zu können – bewusst gemieden. Einen echten Fortschritt brachte dann das sogenannte *Kaiser-Doskozil-Papier* aus 2017¹². Das Papier proklamiert einen Dreiklang aus 1) einer Europäisierung des Asylsystems, 2) einer Bekämpfung der Fluchtursachen und 3) einer verbesserten Bildungs- und Arbeitsmarktintegration und enthält diverse gute Vorschläge für die politische Diskussion. Doch anstatt diese Diskussion zu führen, erhebt die Parteiführung die eigene Feigheit zur Strategie und versucht das „Aussetzen“ der Debatte als „Spielfeldwechsel zur sozialen Frage“ zu verkaufen. Dieser Ansatz ist natürlich fatal. Nicht nur, weil die Globalisierung und die Migration nicht verschwinden werden, sondern auch weil die nationale und die soziale Frage eng verzahnt sind. Ein Umstand der in der SPÖ weitgehend vergessen worden ist.

Nation und Solidarität: Verschüttetes Wissen

Infolge der zunehmenden Dominanz des Postmodernismus in der akademischen Linken hat die Sozialdemokratie viel von ihrem historischen Wissen über Sinn und Wesen der Nation verloren¹³. Die Nation als Gemeinschaft von Staatsbürgern, die gewisse objektive Merkmale wie zB die Sprache, soziale Praxen und Routinen, vor allem aber ein starkes subjektives Zusammengehörigkeitsgefühl und den Anspruch auf souveräne Gestaltung der eigenen Belange teilt, hat nichts per se rassistisches, chauvinistisches oder repressives an sich. Im Gegenteil, die Geburt der Nation in der Französischen Revolution 1789 markiert den Beginn der Moderne, das demokratische Versprechen der Volkssouveränität und Rechtsstaatlichkeit, die politische Entmachtung der Kirche durch die Säkularisierung und den Beginn der sozialstaatlichen Umverteilung. Es ist natürlich völlig richtig, dass der Begriff der Nation von diversen nationalistischen Bewegungen missbraucht wurde. Und richtig ist auch, dass der Nationalismus eine zentrale Rolle in der Ausdifferenzierung der modernen Nationalstaaten gespielt hat und für das historische Verständnis „der“ Nation daher von Bedeutung ist¹⁴. Die Gleichsetzung von Nation und Nationalismus in der heutigen Linken ist aber analytisch falsch

und verstellt den Blick auf die historische Bedeutung der Nation für die Sozialdemokratie. Die Nation ist nicht nur der Raum, in dem sich der (demokratische) Klassenkampf konstituiert, sie repräsentiert auch ein kollektives Bewusstsein und Selbstverständnis, eine nationale Identität, die einen mächtigen ideologischen Anker in der politischen Debatte darstellt.

Sozialdemokratie und Nation: eine Erfolgsgeschichte

Spätestens ab 1945 hat die Sozialdemokratie die *Neukonzeption* dieser nationalen Identität als nationale Solidargemeinschaft zum Hauptinhalt ihrer Politik gemacht¹⁵. Mit der Popularisierung des *Folkshemmet* nahm die schwedische Sozialdemokratie eine Vorreiterrolle ein. Die Metapher des Volksheims versprach die Ausdehnung des sozialen Ausgleichs und Zusammenhalts der Familie auf die von den Antagonismen der kapitalistischen Produktionsweise geteilte Nation und eine damit gleichere, demokratischere und für alle bessere sozioökonomische Ordnung. Mit der Forderung nach einem nationalen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit fügte sich die Sozialdemokratie in einen größeren historischen Zusammenhang, in dem sich die modernen westeuropäischen National- und Sozialstaaten Hand in Hand entwickelten und die Nationen zu Solidargemeinschaften formten¹⁶. Ihr Gemeinschaftsgefühl zogen diese Solidargemeinschaften aus der integrativen Kraft der neuen Nationalstaaten, einem ambivalenten Amalgam aus der rechtlich vermittelten Solidarität der gemeinsamen Staatsbürgerschaft und einem mit ihr verschmelzenden Nationalbewusstsein, das sich über die Vorstellung der Zugehörigkeit zu einem homogenen Kulturvolk definierte¹⁷.

Der politische Aufstieg der Arbeiterklasse und war zentral in diesem *nation building*: Einerseits über die ersten sozialen Zugeständnisse der Herrschenden, wie die Versammlungsfreiheit, die soziale Fürsorge oder das Wahlrecht, die die Arbeiter als ehemalige „Hintersassen der Nation“ (Bauer) sukzessive in diese integrierten¹⁸. Und andererseits (und darauf aufbauend) über die erfolgreiche diskursive Verankerung der Vision einer solidarischen Gesellschaft, die vor allem in ihrer universalistischen Ausgestaltung über soziale Bürgerrechte auch bei den Mittelschichten Anklang fand¹⁹. Abhängig von den konkreten politökonomischen Voraussetzungen und den jeweiligen Klassenkoalitionen entwickelten sich die verschiedenen Visionen der innernationalen Solidarität nicht nur zu konkreten Institutionen, sondern auch zu einem wesentlichen Bestandteil im kollektiven Bewusstsein der europäischen Staaten und damit zu eigenständigen (zivilen) Quellen von Identität und Solidarität. Die „Palette“ reichte dabei von einzelnen Sozialprogrammen (wie dem britischen National Health Service) bis hin zu ganzen Gesellschaftsentwürfen.

Letzteres gilt insbesondere auch für Österreich, wo der Ausgleich zwischen Christ- und Sozialdemokratie in den Lagern der Nazis faktisch die Geburtsstunde der österreichischen Nation gewesen ist und der sozialpartnerschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft seine Grundlage gab. Identitäten sind nicht zeitlos, sondern das Produkt sozialer Kämpfe. Gerade das österreichische Beispiel zeigt das recht eindrücklich. Die Nation bleibt dennoch unverzichtbar für die Sozialdemokratie. Nicht nur weil der Nationalstaat trotz Globalisierung und Europäisierung das wesentliche Spielfeld sozialdemokratischer Sozial- und Verteilungspolitik geblieben ist, sondern auch weil die im Sozialstaat angelegte historische Tradition des nationalen Zusammenhalts (auch wenn teilweise schon Routine) eine mächtige politische Ressource ist, die die Sozialdemokratie bis heute erfolgreich aktiviert, vor allem zur Rechtfertigung von umverteilenden Sozialprogrammen wie der Sozialhilfe.

Die inklusive Nation und ihre „Achillesferse“

Das Bündnis von Sozialdemokratie und Nation ist in bewusster Abgrenzung zum „kleinbürgerlichen Nationalismus“ zu verstehen. Der Nationalismus propagiert eine exklusive Nation, die auf Basis einer (vermeintlichen) gemeinsamen Abstammung und/oder Kultur eine Abgrenzung gegenüber „den Anderen“ nach innen und außen vertritt²⁰. Das sozialdemokratische Verständnis der Nation als Solidargemeinschaft dagegen ist inklusiv angelegt und lebt von der subjektiven Identifikation²¹. Jeder,

der sich dem impliziten Sozialvertrag unterwirft, kann Teil der Nation werden. Die ethnischen und kulturellen Unterschiede sind von nachrangiger Bedeutung, entscheidend ist die Loyalität zur nationalen Solidargemeinschaft, die Bereitschaft sich in die Gemeinschaft von sozialen Rechten und Pflichten einzufügen. Doch genau hier liegt die Achillesferse der „sozialdemokratischen Nation“. Da sie historisch (implizit) auf der Vorstellung einer homogenen Kulturnation aufsetzte, ist sie anfällig für nationalistische Bewegungen, die mit den ethnisch-kulturellen Unterschieden einen Keil in die Nation treiben und die Grundlagen der nationalen Solidarität untergraben. Bis tief in die 1970er Jahre hinein waren solche Angriffe in den meisten europäischen Ländern kein ernsthaftes Thema. Die Gesellschaften waren kulturell homogener als heute, die Angriffsfläche für den Nationalismus gering.

Erst in den 1990ern begann die Debatte zu drehen. Nationalistische Bewegungen schürten die Angst vor einer „Überfremdung“ und säten das Misstrauen zwischen den ethnisch-kulturellen Gruppen der Nationen. Vor allem in den gut ausgebauten Sozialstaaten wie auch Österreich wurde der Ausschluss „der Ausländer“ von den Sozialleistungen und der staatlichen Umverteilung – auch Sozialchauvinismus oder „exklusive Solidarität“ genannt – zum Wahlkampfschlager und stellte mit zunehmender Migration die Legitimation des Sozialstaats auch insgesamt infrage. Der negative Zusammenhang zwischen ethnisch-kultureller Diversität und der politischen Unterstützung für Umverteilung ist gut dokumentiert²². Ihr Kronzeuge sind die USA, wo der ethnische Konflikt zwischen dem „schwarzen“ und dem „weißen“ Amerika den Aufbau eines Sozialstaats nach europäischem Vorbild verhindert hat²³.

Umfragen belegen die Relevanz dieser Problematik aber auch für Österreich: Laut einer Standard-Umfrage ist für 87% der Wahlberechtigten das „Wir-Gefühl“ (sehr) wichtig. 68% aller Befragten assoziieren das „Wir“ mit der österreichischen Nation. „Ausländer“ und „Flüchtlinge“ zählen für knapp 40% der Befragten nicht dazu²⁴. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Migranten, wo sich ein gutes Drittel eher „mit dem Staat aus dem ich stamme bzw aus dem meine Eltern stammen“ identifiziert als mit Österreich²⁵. Dass diese Spaltung der Nation den Sozialstaat untergräbt zeigt eine Profil-Umfrage, der zufolge mehr als 2/3 eine zuwanderungsbedingte Abnahme der Solidarität wahrnehmen, die den Sozialstaat und den sozialen Frieden gefährdet. Knapp 2/3 haben daher Verständnis, „wenn manche weniger in das Sozialsystem einzahlen wollen als bisher“²⁶. Die rechten Parteien bedienen diese Stimmung mit dem Versprechen nach umfassenden Steuersenkungen, die dann (teilweise) durch „Maßnahmen gegen illegale Migration sowie gegen Zuwanderung in das Sozialsystem“ finanziert werden sollen²⁷. Aktuelle Beispiele sind die „Indexierung der Familienbeihilfe“ für EU-Ausländer“ oder die Reform der Mindestsicherung, wo explizit nach dem Aufenthaltsstatus diskriminiert worden ist.

Solidarität in diversen Gemeinschaften

Die ethnisch-kulturelle Diversität moderner Gesellschaften bedeutet eine Herausforderung für die Idee der nationalen Solidargemeinschaft, nicht aber ihr Ende. Rezente ökonomische Experimente bestätigen zwar den negativen Zusammenhang zwischen der Diversität einer Gesellschaft und ihrer Unterstützung für die staatliche Umverteilung. Gleichzeitig zeigen sie aber, dass dieser negative Zusammenhang stark von Falschinformationen bzw Fehleinschätzungen über die ethnisch-kulturellen Unterschiede sowie die Arbeits- und Leistungsbereitschaft der Migranten getrieben ist, und bei entsprechenden Informationen „gedreht“ werden kann²⁸. Diese ökonomischen Erkenntnisse, decken sich mit den Ergebnissen der politikwissenschaftlichen Debatte über die Beziehung von Diversität und Umverteilung, die – abhängig vom Kontext – negativ oder positiv sein kann²⁹. Für die Sozialdemokratie folgt aus diesen Erkenntnissen zweierlei: 1) Der von den rechten Parteien betriebene „Kulturkrieg“ ist nicht nur lästige Propaganda, sondern untergräbt die nationale Solidarität und damit eine wesentliche Grundlage des sozialdemokratischen Politikentwurfs. Ein Umstand, der in der Partei bislang weitgehend übersehen worden ist. 2) Es gibt keinen gottgegebenen Gegensatz zwischen ethnisch-kultureller Diversität und einem starken Sozialstaat. Entscheidend ist das hegemoniale Verständnis der Nation, sozialdemokratisch-inklusiv versus nationalistisch-exklusiv.

Die Idee der interkulturellen Nation

Die Standardlösung der politischen Linken zur Bekämpfung des Nationalismus ist die progressive Wirtschaftspolitik, die Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Abstiegsängste bekämpft und die Ursachen des nationalen Streits im Keim ersticken soll³⁰. Die „Ausländerfrage“ ist in hohem Maße eine soziale Frage. Das zentrale Ziel der Integrationspolitik ist es daher, „die Entstehung einer migrantischen Unterschicht zu vermeiden (beziehungsweise rückgängig zu machen)“. Der Bildungs- und Arbeitsmarktintegration von Migranten kommt dabei eine Schlüsselrolle zu³¹. SPÖ-Forderungen wie das zweite verpflichtende Kindergartenjahr, mehr Geld für Brennpunktschulen oder die Wiedereinführung des Integrationsjahres sind Ausdruck dieser Perspektive. Und keine Frage, Maßnahmen zur sozialen Integration von Migranten und Flüchtlingen sind eminent wichtig. Eingebettet in eine gesamthafte Politikstrategie zur Erneuerung des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens sorgen sie für klare soziale Spielregeln und entziehen dem neuen Nationalismus den ökonomischen Nährboden. Und gerade das von den rechten Parteien viel kritisierte „rote Wien“ ist im internationalen Städtevergleich hier sehr erfolgreich³². Dennoch wird die progressive Wirtschaftspolitik alleine nicht ausreichen, um das Wir-Gefühl der Nation wiederherzustellen. Das gilt auch für Versuche die ethnischen durch zivile Identitäten zu ersetzen, wie zB. den Habermas'schen Verfassungspatriotismus³³. Das Problem ist, dass die ethnisch-kulturellen Differenzen im „Migrationsstaat“ (zumindest teilweise) von den sozioökonomischen und rechtlichen Unterschieden unabhängig bestehen und sohin den rechten Parteien auch unter Bedingungen ökonomischer Prosperität und rechtlicher Gleichheit als „Einfallstor“ in die soziale Frage dienen. Doch anstatt die kulturellen Differenzen und die damit einhergehenden Probleme und Fragen konstruktiv zu bearbeiten, werden sie von der Sozialdemokratie ignoriert oder als „rassistische Stimmungsmache“ beiseite gewischt. Das erweckt bei Teilen der Bevölkerung den Eindruck der Teilnahmslosigkeit und Ignoranz, und bietet den rechten Parteien einen fruchtbaren Boden für ihre Agitation. Hier muss die Partei umdenken. Neben einer progressiven Wirtschaftspolitik und einem starken republikanischen Bewusstsein braucht es auch eine Lösung für den Umgang mit den kulturellen Differenzen und den damit einhergehenden Problemen. Dieser blinde Fleck muss beseitigt werden.

Interkulturalismus – Was ist das?

Bis dato existiert keine abschließende Definition von Interkulturalismus. In der Wissenschaft meint der Begriff die Bearbeitung des Handlungsraums zwischen zwei oder mehr Kulturen, zB. durch interkulturelle Kommunikation, Bildung usw³⁴. Dabei nehmen die beteiligten Kulturen (optimalerweise) Elemente der jeweils anderen Kultur auf und erzeugen eine Synthese, die auch als „third space“ (Bhabha) bezeichnet werden kann. Im Gegensatz zum Transkulturalismus geht der Interkulturalismus davon aus, dass trotz der internen Pluralität und externen Grenzüberschreitungen von Kulturen (offener Kulturbegriff) weiterhin sinnvoll von unterscheidbaren Kulturgemeinschaften gesprochen werden kann. Im Gegensatz zum Multikulturalismus, der häufig deskriptiv verwendet wird, ist der Interkulturalismus (auch) eine programmatisch/normative Kategorie, wie mit den kulturellen Differenzen umgegangen werden soll. In der europäischen Integrationspolitik wird der Interkulturalismus oft als Mittelweg zwischen dem Multikulturalismus (Anerkennung kultureller Differenzen) und der Assimilation (Anpassung an die Mehrheitskultur) verstanden, der Elemente von beiden Extremen enthält³⁵. Teilweise wird er daher auch mit dem Begriff der Bindestrich-Identität in Verbindung gebracht, also wenn zB Migranten in der Verbindung kultureller Elemente von Herkunfts- und Aufnahmeland eine neue kulturelle Identität entwickeln. Der Interkulturalismus ist wie jeder Integrationsprozess von der Dialektik zwischen Anpassung und Differenz bestimmt. Seine konkrete Gestalt bestimmt sich durch die sozialen Voraussetzungen und die konkreten Politikmaßnahmen.

Der kanadische Interkulturalismus als Vorbild

Ein mögliches Vorbild für eine stärkere Integration der Kulturgemeinschaften ist der kanadische Interkulturalismus. Während in Französisch-Kanada explizit von Interkulturalismus gesprochen wird, spricht man in Britisch-Kanada von „Multikulturalismus“. Anders als in der europäischen Verwendung des Begriffes ist dieser Multikulturalismus aber nicht mit einer *bedingungslosen* Anerkennung kultureller Differenzen zu verwechseln, sondern verlangt auch Anpassungsleistungen, weswegen hier die Bezeichnung Interkulturalismus treffender erscheint³⁶.

Der kanadische Interkulturalismus propagiert die nationale Einheit durch die gleichberechtigte Einbeziehung aller „Kulturgemeinschaften“ in die Nation. Der *Multiculturalism Act* von 1988 proklamiert dabei nicht nur den Schutz des kulturellen Erbes aller Minderheiten und ihre volle Teilhabe an der kanadischen Gesellschaft, sondern erklärt den Interkulturalismus auch zu einem „zentralen Element der kanadischen Geschichte und Identität, und zu einer wertvollen Ressource für seine Zukunft“³⁷. Seinen konkreten Ausdruck findet er in den zuständigen Verwaltungseinheiten (vom Integrationsminister abwärts), im „Canadian Ethnocultural Council“ (der Dachorganisation aller ethnisch-kulturellen Gruppen Kanadas) und einem liberalen Staatsbürgerschaftsrecht. Kanada ist zwar multikulturell, aber nur bilingual. Soll heißen, es gibt ein klares Bekenntnis zu den zwei Landessprachen (Englisch, Französisch), aber keinen besonderen Schutz der Minderheitensprachen. Anders als die USA kennt Kanada keine „positive Diskriminierung“ der Minderheiten durch Quoten (affirmative action), sondern setzt auf einen aktiven Diskriminierungsschutz (Human Rights Act) sowie auf proaktive Maßnahmen zur Erhöhung der Sichtbarkeit der Minderheiten in den bundesstaatlich regulierten Unternehmen wie Banken, Medien, Bahn- und Luftfahrtbetrieben (Employment Equity Act). Wichtig ist auch die kulturelle Neutralität des Staates (State Neutrality), die sich unter anderem im Verbot religiöser Symbole in Räumlichkeiten öffentlicher Schulen ausdrückt. Seit 2019 dürfen öffentlich Bedienstete in Quebec (Lehrer, Polizisten, Richter usw.) keine sichtbaren religiösen Symbole mehr tragen. Britisch-Kanada ist hier liberaler. Als wesentlicher Erfolgsfaktor für das kanadische Modell gilt auch seine selektive und (größtenteils) streng nach ökonomischen Kriterien ausgerichtete Migrationspolitik, die eine relativ rasche ökonomische Integration der Minderheiten sicherstellt. Die Kombination aus Interkulturalismus und ökonomischen Chancen eröffnet den Minderheiten (relativ) einfache Integrationsrouten in die Nation und steigert ihre Integrationsbereitschaft. Das wiederum sichert die politische Zustimmung der Mehrheitsbevölkerung. Studien für Kanada zeigen nämlich, dass der Integrationsbereitschaft, die sowohl eine ökonomische, als auch eine kulturelle Dimension hat, eine Schlüsselrolle zukommt³⁸. Je größer das empfundene Commitment der Minderheiten zur Nation, desto größer auch die Umverteilungsbereitschaft und Solidarität der Mehrheitsbevölkerung.

Integration im kanadischen Sinne bedeutet keine vollständige Assimilation, sondern beschränkt sich auf die Anpassung an die Landessprachen, die Integration in den Arbeitsmarkt und das Commitment zum Interkulturalismus. Im Gegenzug gewährt Kanada den Minderheiten den Schutz ihrer kulturellen Identität und die volle Partizipation am sozialen und politischen Leben, also „Heimatrecht“. Integration in Kanada bedeutet auch explizit nicht (nur) die Integration von Individuen, sondern die Integration von Gruppen, von kollektiven Identitäten. Tatsächlich funktioniert die individuelle Integration dann hauptsächlich über die Kulturgemeinschaften, die sich als Teil Kanadas verstehen. Soll heißen, in Kanada geht es nicht darum, dass sich die unterschiedlichen Communities in einem Melting Pot oder einer Mehrheitskultur auflösen, sondern darum, dass sie als Communities bestehen bleiben, ja bestehen bleiben müssen, damit das Integrationskonzept überhaupt funktionieren kann. Dass dieser Ansatz zu abgeschotteten Parallelgesellschaften führt, kann für Kanada nicht bestätigt werden. Die einschlägigen Statistiken zu Einbürgerungen, politischer Partizipation, Spracherwerb und Mischehen zeigen keine Separation, sondern ein Zusammenwachsen der ethnisch-kulturellen Gruppen³⁹. Die hohe politische Zustimmung zum Interkulturalismus in Kanada, heißt nicht, dass er nicht politisch umkämpft

ist. Ein Beleg dafür ist das Burka-Verbot in Quebec. Und natürlich kann man die kanadischen Erfahrungen auch nicht 1:1 auf Österreich umlegen. Die frühen Anpassungen zwischen der indigenen Bevölkerung und den englischen und französischen Siedlern sowie die geographische Lage Kanadas, die illegale Migration praktisch unmöglich macht, sind wesentliche Voraussetzungen für das kanadische Modell, die Österreich nicht vorzuweisen hat. Dennoch ist die *Idee* der interkulturellen Nation von Interesse für Österreich, weil sie neue Perspektiven eröffnet.

Zwischen Anpassung und Differenz: eine interkulturelle Leitkultur

Ein mögliches Vehikel für einen interkulturellen Dialog könnte eine progressive Leitkultur sein. Die Idee der Leitkultur stammt vom deutsch-syrischen Islamwissenschaftler Bassam Tibi und zielt darauf ab „einen an demokratischer, laizistischer sowie an der zivilisatorischen Identität Europas orientierten Wertekonsens zwischen Deutschen und Einwanderern umzusetzen“. Diese von der Idee her über-ethnische „Hausordnung“ war als Mittelweg zwischen Multikulturalismus und Assimilation gedacht, wurde in der Debatte aber von rechter Seite (zB CDU-Merz) ethnisch aufgeladen und (in dieser Form) von linker Seite verworfen⁴⁰. Das ist bedauerlich, weil ein aktiver Dialog zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten über die gemeinsamen Grundregeln des Zusammenlebens höchst notwendig wäre. In diesem Dialog wird festgelegt wieviel Anpassung an „westliche Werte“ wie Religionsfreiheit, Schutz vor Gruppenzwang, Frauenrechte usw notwendig sind und wieviel kulturelle Differenz möglich ist. Letztlich besteht der Prozess der interkulturellen Integration immer aus diesem Wechselspiel von Anpassung und Differenz; Aus der Anpassung der Minderheiten an gewisse soziokulturelle Standards im Aufnahmeland und aus der Anerkennung der verbleibenden kulturellen Differenzen durch die Mehrheitsbevölkerung⁴¹. Getragen wird dieser Prozess vom wechselseitigen Commitment zum Dialog und vom Respekt der vereinbarten Spielregeln. Genau das meint Zizek, wenn er schreibt, dass es die Aufgabe der Linken sei, *„über den bloßen Respekt für andere hinauszugehen und zu einer positiven emanzipatorischen Leitkultur zu gelangen, die allein eine echte Koexistenz und Verschmelzung verschiedener Kulturen tragen kann.“*⁴² Laut Zizek dürfe die Leitkultur durchaus „eurozentrisch“ geprägt sein. Gleichzeitig verlangt er maximale Toleranz für vereinbarte Differenzen. An die Stelle der kulturellen Anarchie zwischen einem bedingungslosen Multikulturalismus und dem Chauvinismus einer christlich-abendländlichen Leitkultur, zu der wesentliche Teile der Bevölkerung keinen Zugang haben, tritt eine interkulturelle Leitkultur, die in ihrem Inneren Platz für alle kulturellen Identitäten hat. Mozartkugeln und Lipizzaner sind genauso erlaubt wie Kebab und Kippa, sie sind aber – im Unterschied zu jetzt – nicht mehr die alleinigen Quellen der nationalen Identitäten. Mit dem Interkulturalismus (beziehungsweise mit der interkulturellen Leitkultur) tritt ein neuer Keim der Identität hinzu, die die verschiedenen nationalen Identitäten verbindet und die Grundlage einer gemeinsamen nationalen Identität wird. Was nicht heißt, dass die traditionelle österreichische Kultur irgendwie abgewertet wird. Sie ist genauso wichtig und schützenswert, wie die Kulturen der Minderheiten. Die Macht des Faktischen wird auch sicherstellen, dass sie weiterhin die dominante Kulturgemeinschaft bleiben und den Interkulturalismus politisch maßgeblich prägen wird.

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die Globalisierung und die Massenmigration die Kulturgemeinschaften (an den Rändern) ohnedies hybridisiert haben⁴³. Wichtige Kulturelemente der Minderheiten prägen das kulturelle Leben der Mehrheitsbevölkerung und vice versa. Vor allem die Minderheiten eignen sich (zwangsläufig) wesentliche Elemente der Mehrheitskultur an. Das beginnt bei der Sprache, erstreckt sich aber auch auf soziale Praxen und Wertvorstellungen. Auch in diesem Zusammenhang wird häufig von Bindestrich-Identitäten gesprochen. Die Hybridisierung bedeutet nicht, dass es keine nationalen Kulturgemeinschaften mehr gibt, sondern dass ihre Grenzen nicht immer trennscharf sind und es auch über das Bekenntnis zur interkulturellen Nation hinaus kulturelle Bande zwischen den Kulturgemeinschaften gibt. Der Interkulturalismus ist mit diesen soziologischen Realitäten deutlich besser kompatibel, als die Assimilierungspolitik der rechten Parteien. Was nicht

heißen soll, dass der Weg der Assimilation nicht mehr möglich oder unerwünscht ist. Im Gegenteil, der Weg der vollständigen Anpassung hat eine lange Tradition, auch in Österreich. Man denke nur an die hunderttausenden tschechischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die im Habsburgerstaat nach Wien emigrierten und an deren Herkunft (meist) nur mehr die Namen erinnern. Die Praxis zeigt aber, dass die Assimilation nicht immer der geeignete Weg ist, um die Minderheiten in die Nation zu integrieren.

Zusätzliche Wege in die Nation

Ziel der interkulturellen Nation ist es zusätzliche Wege zu öffnen, die eine solche Integration ermöglichen. Warum sollen etwa Mitbürger mit einem türkischen Migrationshintergrund, die seit Langem hier leben und arbeiten und sich zu großen Teilen an die österreichische Kultur angepasst haben, aber (natürlich) noch kulturelle Verbindungen zu ihrer alten Heimat haben, nicht als Austro-Türken Teil der österreichischen Nation sein können? Faktisch sind sie es ohnehin. Es wäre ein erheblicher Entwicklungsschub für Österreich diese Realität endlich anzuerkennen und auf dieser Basis die Spielregeln für ein besseres Miteinander zu schaffen.

Kulturelle Autonomie: das Nationalitätenprogramm der Austromarxisten

Die Austromarxisten waren sich der Notwendigkeit der interkulturellen Integration zur Befriedung der nationalen Streitereien im Habsburgerstaat voll und bewusst. Den Kosmopoliten und Nationalisten in der Partei stellten Bauer und Renner den proletarischen Internationalismus gegenüber. Ihre Kernidee war die kulturelle Autonomie, eine Art „Bestandsgarantie“ für die Völker des Habsburgerstaates, die ihre Angst voreinander beziehungsweise vor der kulturellen „Auslöschung“ reduzieren und dem nationalen Streit die Grundlage entziehen sollte. Indem sich die Nationalitäten als öffentlich-rechtliche (Gebiets-)Körperschaften konstituieren und ihre Kultur- und Schulangelegenheiten selbstständig verwalten, so die Überlegung von Bauer und Renner, kann die internationale Solidarität der Arbeiter auch unter den (erschwerenden) Bedingungen kultureller Differenz gesichert werden. Den Austromarxisten ging es also nicht um die Abschaffung der (historisch gewachsenen) nationalen Kulturgemeinschaften und Identitäten, sondern um ihr gleichberechtigtes Zusammenleben in einem „übernationalen Staat“ (Renner). Schon damals war Kanada ein Vorbild für die Überlegungen der Austromarxisten. Das aus ihren Ideen abgeleitete Brünner Nationalitätenprogramm 1899 wurde niemals verwirklicht, seine Ansätze sind aber bis heute von Relevanz; Und zwar nicht nur für die Zukunft der Europäischen Union (wie immer wieder gesagt wird), sondern auch für die „bunter“ werdenden Nationalstaaten wie eben Österreich. Denn was dem Austromarxismus der Internationalismus im „Nationalitätenstaat“ war (also die Integration der verschiedenen Nationalitäten in den Habsburgerstaat), das ist der heutigen Sozialdemokratie der Interkulturalismus im „Migrationsstaat“.

Ein bisschen Patriotismus kann nicht schaden

Der Interkulturalismus, so wie er hier definiert ist, steht zum Chauvinismus der rechten Parteien genauso in einem Gegensatz, wie zu einem kosmopolitischen „Multikulti“, in dem vor lauter Differenz der gemeinsame Nenner verloren geht. Er kann sohin als dritter Weg zwischen Segregation (kulturelle Absonderung der Minderheiten) und Assimilation (kulturelle Unterordnung der Minderheiten) verstanden werden. Der Interkulturalismus will eben genau kein unbeteiligtes Nebeneinander ethnisch-kultureller Gruppen, sondern das Miteinander in einer gemeinsamen Nation, die sich wesentlich auch durch ihr Bekenntnis zum Interkulturalismus definiert. Damit ist die Idee einer interkulturellen Nation anschlussfähig an andere, nicht-nationalistische Konzepte von nationaler Identität, wie beispielsweise an die angelsächsische Tradition des *liberal nationalism* oder den Habermaschen „Verfassungspatriotismus“; Wobei, im Unterschied zu Habermas, der Republikanismus eben *nicht* „auf eigenen Beinen stehen muss“, weil an die Stelle der integrativen Funktion der homogenen Kulturgemeinschaft, die integrative Funktion eines (wenn man so will) „interkulturellen Patriotismus“ tritt. Um diesen „interkulturellen Patriotismus“ herum könnte die Sozialdemokratie die

Nation neu ordnen und dem ethnisch-kulturellen Nationalismus der rechten Parteien eine progressive Alternative entgegensetzen. Eine Alternative, die es den traditionelleren Teilen der Minderheiten erlaubt in Österreich anzukommen und den traditionelleren Teilen der Mehrheitsbevölkerung erlaubt ihren positiven Bezug zur Nation progressiv zu wenden. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt deutlich: Die identitätspolitischen Scharmützel der rechten Parteien sind keine Perspektive für die Sozialdemokratie. Es geht darum eine eigene Debatte zu beginnen, in der man dem nationalistisch-exklusiven Verständnis der Nation ein sozialdemokratisch-inklusives Verständnis gegenüberstellt und dafür kämpft es in der Bevölkerung hegemonial zu machen. Ziel ist es, das Versprechen der nationalen Solidargemeinschaft unter den postmodernen Bedingungen der kulturellen Vielfalt zu erneuern. Visionen allein werden nicht reichen, es braucht auch die dazu passenden Forderungen, die sich mit der Vision zu einem stimmigen Programm verbinden.

Integrationspolitik: Integration durch kulturelle Autonomie

Österreich ist ein Einwanderungsland. Das ist eine Tatsache. Der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund beträgt heute fast 25%, der Ausländeranteil rund 15%, noch Anfang der 1970er Jahre lagen beide Werte praktisch bei 0⁴⁴. Migration passiert nicht schleichend, sondern in Wellen. Für Österreich entscheidend waren die türkischen und jugoslawischen „Gastarbeiter“, die Flüchtlinge infolge des Jugoslawien-Krieges, die Arbeitsmigration aus den benachbarten EU-Staaten sowie zuletzt die Fluchtbewegungen aus dem Nahen Osten und Afrika. Trotz dieses klaren Trends Richtung Migrationsstaat hat es die Politik verabsäumt sich strukturiert um die Minderheiten zu kümmern und sie stattdessen der kulturellen Anarchie überlassen, also im Niemandsland zwischen Segregation und Assimilation überlassen. Der Interkulturalismus bietet die Gelegenheit mit dieser strukturellen Teilnahmslosigkeit zu brechen. Ja er erfordert es sogar.

Interkulturalismus als nation building

Politisch muss man sich den Interkulturalismus als einen kontinuierlichen Dialog im Sinne eines *nation building* vorstellen, der ab einem gewissen Zeitpunkt derart tief im kollektiven Bewusstsein verankert ist, dass man Österreich (vielleicht) einmal als interkulturelle Nation bezeichnen wird können. Der interkulturelle Dialog lebt von einer breiten Einbindung aller Stakeholder. Aus der Politik, aus den migrantischen Communities, aus der Wissenschaft und aus der (von der Mehrheitsbevölkerung dominierten) Zivilgesellschaft. Notwendig ist eine Art dauernder Konvent, der alle diese Akteure im Geiste des Interkulturalismus zusammenbringt, um über die Grundregeln des Zusammenlebens, über die gemeinsamen Rechte und Pflichten zu reden.

Vieles wird außer Streit stehen; Deutsch als allgemeine Verkehrssprache, die jeder können muss, um am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen zu können⁴⁵. Ebenso unstrittig sein (müssen) wird die Achtung der Gesetze und die Gleichberechtigung von Frauen und jedweder Art von Lebensentwürfen. Auch im Diskriminierungsschutz und in der Bildungs- und Arbeitsmarktintegration gibt es Strukturen und Wissen auf das man aufbauen kann. Deutlich kontroversieller werden vermutlich die Fragen zum Umgang mit den kulturellen Differenzen, zum Schutz der (hybriden) Identitäten und den Bedingungen für die volle Teilhabe an der Nation. In diesen Fragen sind auch die Positionen der Sozialdemokratie noch nach zu schärfen.

Dazu im Folgenden einige Überlegungen und Anstöße für die weitere Debatte:

Integration durch kulturelle Autonomie

In Österreich gibt es derzeit keine vernünftige Rechtsgrundlage für die Integration der Minderheiten in die Nation. Mit dem Integrationsgesetz und dem Staatsbürgerschaftsrecht werden zwar gewisse Anforderungen an die Migranten formuliert, insbesondere was die Kenntnis der Sprache und gewisser

anderer Kulturelemente betrifft, aber keine Regelungen zum Umgang mit den verbleibenden kulturellen Differenzen. Das ist insofern enttäuschend, als Österreich über die staatsvertraglich abgesicherten Rechte seiner autochthonen Minderheiten⁴⁶ (etwa den Kärntner Slowenen oder den Burgenlandkroaten) entsprechende Regelungen geschaffen hat, an die man anknüpfen könnte. So gestattet das sogenannte *Volkstgruppengesetz* den autochthonen Minderheiten nicht nur die Konstituierung eines Vertretungskörpers, der für ihre kulturellen Belange und den Kontakt zur Politik zuständig ist, sondern auch (bei entsprechender territorialer Konzentration) das Recht auf Ortsbezeichnungen und Parteienverkehr in der jeweiligen Landessprache. Im Staatsvertrag 1955 ist das Recht auf landessprachlichen Unterricht. Das daran anknüpfende „Minderheitenschulwesen“ besteht praktisch vor allem in zweisprachigen Volks- und Mittelschulen. Zweisprachige Bundesschulen (wie das „BG/BRG für Slowenen“ in Klagenfurt) sind eher die Ausnahme.

Obwohl sich die österreichische Gesellschaft seit dem Staatsvertrag erheblich geändert und diverse ethnisch-kulturelle Minderheiten dazugekommen sind, die auch der Zahl nach die autochthonen Minderheiten teilweise deutlich übersteigen, hat das österreichische Minderheitenrecht davon keine Notiz genommen. Der erste Schritt zur interkulturellen Nation wäre also eine Reform des Volkstgruppengesetzes zur Aufnahme aller Minderheiten (ab einer gewissen Größe) als Volksgruppen in die österreichische Nation⁴⁷. Die so umstrittenen Fragen der Amtssprache und der Ortsbezeichnungen werden hier mangels entsprechender territorialer Konzentration keine Rolle spielen. Beim Kärntner Ortstafelstreit wurde ein Schwellenwert von 17,5% pro Verwaltungseinheit festgelegt. Diesen Anteil erreicht keine der „neuen“ Volksgruppen auch nur annähernd, auch nicht in Wien. In der Praxis wird das neue Volkstgruppengesetz vor allem hinsichtlich der Vertretungskörper relevant sein, die die Kulturgemeinschaften organisieren und repräsentieren. Künftig sollten sie als öffentlich-rechtliche Körperschaften geregelt werden, die in sich demokratisch strukturiert sind, und die Möglichkeit haben Mitgliedsbeiträge einzuheben, die von der Republik dann aufgedoppelt werden. (Wer Mitglied einer Volksgruppe ist entscheidet jedes Individuum autonom.) Einerseits könnten diese Mittel in (inter)kulturelle Projekte investiert werden, etwa (analog zu den Religionsgemeinschaften) in Kooperationsprojekte mit dem ORF oder in landesweite Veranstaltungen nach Vorbild des kanadischen „Asian Heritage Month“ oder des „Black History Month“. Andererseits könnten sie in einen strukturierten Sprachunterricht für die Mitglieder fließen – entweder durch Ausweitung des bestehenden „muttersprachlichen Unterrichts“⁴⁸ oder Ausweitung des Minderheitenschulwesens. Die strukturierte Förderung der *Zweisprachigkeit* der Minderheiten ist nicht nur ein Beitrag zur kulturellen Autonomie, sondern auch ein Beitrag zur Arbeitsmarkt- und Bildungsintegration, weil die Kenntnis der Muttersprache den Erwerb der deutschen Sprache erleichtern kann⁴⁹.

Politisch entscheidend wird die Unterstützung der Kulturvereine sein, die jetzt die Organisation der Kulturgemeinschaften übernehmen. Die Idee ist nicht, dass die neuen „Volkskammern“ diese Vereine ersetzen, sondern, dass sie ihnen eine Unterstützung und eventuell eine Möglichkeit zur Koordination sind. Die gesetzlichen und die freien Vertretungen sind Komplemente, keine Substitute⁵⁰. Die Volkskammern als neue politische Strukturen hätten auch Effekte auf die politischen Parteien, die sich eventuell in diesen Kammern zur Wahl stellen wollen. Sie müssten volkstgruppenspezifische Teilorganisationen zulassen, wie sie das berufsgruppenspezifisch auch bei den anderen Kammern tun. Auch die Erfahrungen mit diesen Strukturen haben gezeigt, dass sie kein Substitut, sondern ein Komplement zur bestehenden territorialen Struktur der Parteien sind. In der Praxis sind sie ein (niederschwelliger) Anknüpfungspunkt für die spezifischen Gruppen sich in größeren „weltanschaulichen Familien“ zu betätigen.

Eine vorausseilende Organisationsreform der Sozialdemokratie in diese Richtung könnte also auch Chancen für die Partei sein ihren Organisationsgrad bei den Minderheiten zu steigern. Die Anerkennung der Minderheiten als Volksgruppen der österreichischen Nation samt finanzieller

Unterstützung sollte die bedeutsame Rolle von Nationalisten, Religionsgemeinschaften und ausländischen Regierungen in den Kulturvereinen entsprechend minimieren.

Mehr Säkularismus im Bildungssystem

Islamkindergärten, Kopftuchverbot und ähnliche Debatten könnte man sich einfach ersparen, wenn man religiöse Träger und Symbole komplett aus dem Bildungssystem entfernt. Der Widerstand der islamischen Vereine wird dabei im Vergleich zum Widerstand der katholischen Kirche vernachlässigbar sein. Über das Konkordat mit dem Vatikan zahlen die Steuerzahler nicht nur die universitäre Ausbildung der Priester, sondern auch den verpflichtenden Religionsunterricht in den Schulen. Dazu ist die katholische Kirche auch Träger diverser Schulen und Gymnasien, die unter gewissen Bedingungen ebenfalls Anspruch auf öffentliche Zuschüsse haben. In jedem österreichischen Klassenzimmer hängt ein christliches Kreuz (neben dem Bild des Bundespräsidenten). Diese christliche Tradition im Bildungssystem ist immer weniger durch die demographische Realität gedeckt. Weniger als 50% der Wiener Volks- und Mittelschulkinder haben ein christliches Bekenntnis⁵¹. Eine Politik, die versucht diese Tradition zu verteidigen (auch indem sie die Symbole anderer Religionen verbietet, wie bspw. das muslimische Kopftuch), muss in unlösbare Gleichbehandlungsfragen geraten. Ein Ausweg wäre es allen Religionen an einen „angemessenen Platz“ im Bildungssystem einzuräumen (was immer das heißen mag). Einfacher und im Sinne der säkularen Tradition der Republik auch konsequenter wäre es aber, wenn sich die Religionen und die ihnen nahestehende Trägerstrukturen aus den Schulen und Kindergärten komplett zurückziehen. Die durch die Abschaffung des Religionsunterrichts frei werden Kapazitäten könnten für interkulturelle Kompetenzen, zum Beispiel Sprachen oder Völkerkunde genutzt werden. Die Religionen könnten künftig als freies Wahlfach angeboten werden.

Nationale Einheit durch ein neues Staatsbürgerschaftsrecht

Die Staatsbürgerschaft ist zentral für die Integrationsfrage; Einerseits weil sie mit dem Recht auf die politische Mitbestimmung (aktives und passives Wahlrecht) die volle Teilhabe an der nationalen Gemeinschaft vermittelt⁵², andererseits weil sie als Signum der *vollständigen* Zugehörigkeit zur Nation auch hohe symbolische Bedeutung hat. Hat ein Migrant die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt, fällt es den Nationalisten selbst bei größten ethnisch-kulturellen Differenzen schwer ihn aus der Solidargemeinschaft auszuschließen. Die Debatte um das Staatsbürgerschaftsrecht war in den letzten Jahren geprägt vom Streit um die Doppelstaatsbürgerschaften; Während die rechten Parteien die (illegalen) Doppelstaatsbürgerschaften bekämpfen, fordern die Kosmopoliten ein Recht auf selbige. Dabei gerät das Hauptproblem des Staatsbürgerschaftsrechts, sein restriktiver Charakter, aus dem Blick. Das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht ist seit den Regierungen Schüssel eines der restriktivsten in Europa, nur einige osteuropäischen Staaten liegen noch schlechter⁵³. Neben der langen Aufenthaltsdauer (10 Jahre) sind vor allem die hohen Gebühren, Spracherfordernisse (B1) und Einkommensnachweise relevant, die vor allem für sozial Schwächere schwer zu erfüllen sind⁵⁴. Mit der Folge, dass mehr als die Hälfte aller Menschen mit Migrationshintergrund, die hier in Österreich leben, arbeiten und Steuern zahlen, keine Staatsbürgerschaft besitzen und damit von jeglicher politischen Mitbestimmung ausgeschlossen sind.

Vor allem die ÖVP verfolgt damit eine klare Strategie; Das restriktive Staatsbürgerschaftsrecht in Verbindung mit der von ihr verfolgten liberalen Migrationspolitik (Ausnahme Asyl) garantiert den nationalen Streit auch für die Zukunft; Mit den bekannten Folgen für den Sozialstaat.

Für die Sozialdemokratie gibt es nur eine Position in dieser Frage: Im Sinne der Einheit der Nation ist das Staatsbürgerschaftsrecht zu lockern. Vor allem jene Gruppen, die seit Jahrzehnten im Land leben und arbeiten und faktisch Teil der Nation geworden sind, sind einzuladen diese Integration formal und symbolisch mit dem Erwerb der Staatsbürgerschaft abzuschließen und „Heimatrecht“ zu erlangen. In dieser Reform des Staatsbürgerschaftsrecht liegt eine wichtige Basis für die interkulturelle Nation.

Diese Politik bedeutet aber auch eine klare Absage an die kosmopolitischen Forderungen nach Doppelstaatsbürgerschaften und offene Grenzen (unten dazu mehr), die mit der interkulturellen Nation unvereinbar und klar abzulehnen sind. Und sie bedeutet auch eine Absage an die Forderung das jetzige Repräsentationsdefizit durch ein Ausländer-Wahlrecht zu lösen. Die Forderung ist pragmatisch und nachvollziehbar (vor allem auf kommunaler Ebene), würde aber die Spaltung der Nation weiter verfestigen und ist daher kontraproduktiv.

Das interkulturelle Leitbild der Ebert-Stiftung

Wie die Partei auch ohne bundesweite Regierungsverantwortung die Debatte über die interkulturelle Nation beginnen kann, zeigt die *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Deutschland. Diese hat im Jahr 2017 unter Einbindung der Wissenschaft, der migrantischen Communities, der Religionsgemeinschaften, der Gewerkschaften und anderer Teile der Zivilgesellschaft im Rahmen einer 38-köpfigen Kommission ein rund 50-seitiges interkulturelles „Leitbild“ entwickelt, in dem die gemeinsamen Standards und Regeln des interkulturellen Zusammenlebens gemeinsam erarbeitet und festgeschrieben worden sind⁵⁵. Ein vergleichbarer Prozess in Österreich könnte der Debatte über eine progressive Leitkultur das notwendige Momentum und die notwendige Breite verschaffen, die es braucht, um den dominanten Diskurs der rechten Parteien ernsthaft herauszufordern.

Ein pragmatischer Internationalismus in der Migrationspolitik

Die migrationspolitische Debatte der letzten Jahre ist dominiert von Extrempositionen. Die einen propagieren die Grenzöffnung zur Rettung der Flüchtlinge, die anderen das genaue Gegenteil. Dazwischen gibt es wenig bis nichts, jedenfalls keinen Spielraum für eine ausgewogene Position. Und genau darin liegt auch die diskursive Schwierigkeit der Sozialdemokratie, die weder die eine, noch die andere Extremposition vernünftig vertreten kann⁵⁶. Tatsächlich ist die sozialdemokratische Position zur Migrationsfrage seit jeher umkämpft und ambivalent, weil die Sozialdemokratie nicht nur auf die Interessen der heimischen Bevölkerung zu achten hat, sondern als internationale Bewegung auch auf globaler Ebene für die Unterdrückten und Entrechteten Partei ergreift. Das beweist sich nicht zuletzt am bekannten Schlachtruf von der internationalen Solidarität, der je nach Motivlage einmal zur Abwehr von Lohnkonkurrenz, ein anderes Mal zur Öffnung der Grenzen ins Feld geführt wird⁵⁷. Ein pragmatischer Internationalismus anerkennt diese Ambivalenz, indem er versucht die sozialen Interessen der arbeitenden Menschen zusammen zu bringen, anstatt sie für die eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Zwei Prämissen sind dabei wesentlich:

Keine Solidargemeinschaft ohne geordnete Migration

1) Einerseits ist klar, dass sich die Idee der interkulturellen Nation und Solidargemeinschaft nicht mit einer unkontrollierten Migration vereinbaren lässt⁵⁸. Am Beispiel Kanadas zeigt es sich, dass eine geordnete, an den ökonomischen Interessen des Aufnahmelandes ausgerichtete Migrationspolitik für die soziale Akzeptanz des Interkulturalismus von zentraler Bedeutung ist. Die empfundene Fähigkeit, die Zuwanderung ökonomisch und (inter)kulturell „absorbieren“ zu können, wird hier zum zentralen Kriterium für die Migrationspolitik – eine offensichtliche Parallele zur sozialdemokratischen Tradition einer staatlichen Arbeitsangebotssteuerung, die sich in den 1920ern als Gegenbewegung zu den offenen, liberalen Migrationsregimen des Manchester-Kapitalismus entwickelt hat⁵⁹.

Die humanitäre Verantwortung des kapitalistischen Zentrums

2) Gleichzeitig ergibt sich für den Westen, der als Zentrum der kapitalistischen Globalisierung für den Großteil der aktuellen Fluchtbewegungen direkt oder indirekt verantwortlich ist, eine humanitäre Verantwortung, die sich einer ökonomischen Nutzenlogik entzieht. Natürlich bedeutet das ein klares Bekenntnis zum Schutz vor Krieg und persönlicher Verfolgung im Rahmen des Asylrechts, aber auch –

und noch viel wichtiger – das Bekenntnis zu einer globalen ökonomischen Ordnung, die allen Nationen ein sicheres und gedeihliches Auskommen garantiert. Eine Notwendigkeit, wenn man bedenkt, dass die sozialen Probleme der Welt nicht (allein) mit Migration zu lösen sind.

Die Einsicht in die Aussichtslosigkeit einer bedingungslosen Öffnungs- oder Abschottungspolitik eröffnet neue Perspektiven. Sie erfordert eine Rückbesinnung auf die sozialdemokratische Tradition der internationalen Kooperation und Zusammenarbeit; Eine Weltoffenheit, nicht im Sinne offener Grenzen oder einer Negation der Nationen, sondern im Sinne des Bewusstseins, dass die soziale Frage (die ja letztlich auch die Migrationsfrage umfasst) nur international, also gemeinsam mit den anderen Nationen, nicht gegen sie, zu lösen ist. Darin liegt die Essenz eines pragmatischen Internationalismus in der Tradition des französischen Sozialistenführers Jean Jaurés; Die Einsicht, dass eine sozialdemokratische Politik immer die globale Dimension braucht, dass eine internationale Politik aber auch nicht gegen, sondern nur mit den Nationen, ja durch sie, funktionieren kann⁶⁰. Die migrationspolitischen Überlegungen des *Kaiser-Doskozil-Papiers* sind von diesem Geist getragen – dazu einige kurze Überlegungen:

Die Migrationspolitik des „Kaiser-Doskozil-Papiers“

Das Papier unterscheidet zwischen Flucht, Asyl und Migration. Flucht ist definiert als erzwungene Migration infolge von Hunger, Naturkatastrophen, Krieg und persönlicher Verfolgung und umfasst damit auch den Asylbereich im breiteren Sinne. Migration schließlich meint die freiwilligen Arbeitskräftebewegungen infolge von ungleichen Lebenschancen und einer regional unterschiedlich schwankenden Arbeitsnachfrage. Die *Bekämpfung der Fluchtgründe* soll durch eine Aufstockung der EZA-Mittel, eine gerechtere Handelspolitik, Waffenexportverbote in Krisenregionen und einen Marshallplan für Afrika erreicht werden. Außerdem wird die Möglichkeit von Charter Cities unter „Flagge des UNHCR“ angesprochen (im Papier als „geeignete Lebensräume nahe der jeweiligen Heimat“ bezeichnet). Dazu kommt ein allgemeines Bekenntnis sich im Rahmen einer „aktiven Neutralitätspolitik“ für „Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Zukunftschancen vor Ort“ einsetzen zu wollen. Im *Asylrecht* wird ein „Gemeinsames europäisches Asylsystem mit einheitlichen Asylverfahren, fairer Lastenverteilung und standardisieren Leistungen“ gefordert, das, das bisherige Dublin-System, das – zumindest de jure – eine Art Alleinverantwortung der EU-Grenzländer vorsieht, ersetzen soll. Es würde zu weit führen dieses System im Detail zu erklären, aber die Idee ist, dass nach zentraler Erstaufnahme, die *Asylwerber* mit einem Quotensystem auf die Mitgliedsstaaten aufgeteilt werden. Die Entscheidung ob Asyl oder subsidiärer Schutz gewährt werden, liegt also weiter bei den Mitgliedsstaaten. Das *Migrationsthema* schließlich wird hauptsächlich als intra-EU-Thema erkannt. Als Maßnahmen werden die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping durch „Weiterentwicklung der Entsenderichtlinie“, ein Nein zur weiteren Öffnung der Rot-Weiß-Rot-Karte für Arbeitskräfte aus Drittstaaten und – ganz allgemein – die „europaweite Angleichung von Sozial-, Nachhaltigkeits-, Steuer- und Lohnstandards“ genannt. Zusätzlich werden eine österreichische und eine europäische „Migrationsstrategie“ erwähnt, wobei letztere auch Arbeitsvisa für Drittstaaten vorsehen soll, wenn diese beim Abschluss von Rückführungsabkommen (für das Asylrecht) kooperieren.

Die Unterschiede zu den rechten Parteien

Das Papier zeigt die migrationspolitischen Differenzen zu den rechten Parteien deutlich auf:

1) Die rechten Parteien anerkennen keinerlei Verantwortung für die Fluchtgründe. Sie reduzieren das Thema auf Krieg beziehungsweise Asyl und eine zu hohe Geburtenrate in Afrika, Zugeständnisse des Westens lehnen sie kategorisch ab⁶¹.

2) Anstelle der notwendigen Reform des toten Dublin-Systems, vertreten sie seine Restauration über eine Militarisierung der EU-Außengrenze und verschweigen, dass das Scheitern ebendieses Systems für die von ihnen so verdammten unkontrollierten Grenzübertritte 2015 ursächlich verantwortlich war.

3) In der Frage der Arbeitsmigration schließlich vertreten sie das, was die rechten Parteien seit jeher tun – maximale Befriedigung der Unternehmerbedürfnisse nach billigen, ausländischen Arbeitskräften. Der Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping wird nicht ent-, sondern verschärft⁶².

Politisch bringt das Papier also eine klare Positionierung, die die Partei aber durchgängig versäumt zu kommunizieren. Nicht nur, dass sie die mediale Reduktion des Papiers auf den nichtssagenden und im Papier selbst eigentlich völlig bedeutungslosen Slogan „Integration vor Zuzug“ akzeptiert, auch den europäisch-türkischen Asylkonflikt Anfang 2020 hat man tatenlos verstreichen lassen. Anstatt den rechten Parteien das Festhalten an einem toten System um die Ohren zu hauen und im Sinne der eigenen Forderung („europäische Lastenteilung“) eine Unterstützung für Griechenland einzufordern, hat die Parteiführung viel zu spät reagiert und zaghaft die Aufnahme von Kindern erwogen. Die echte Politik hat man einer Gruppe sozialdemokratischer Bürgermeister überlassen, die öffentliche ihre Bereitschaft erklärten einen Beitrag zu leisten. Eine vergebene Chance, die eigene Position (und die Unterschiede zu den rechten Parteien) medial zu diskutieren.

Abschließend noch kurz zu zwei „Kleinigkeiten“ im Papier:

Eine Präzisierung: Die notwendige Wiederentdeckung der Internationalen

Ein wesentliches analytisches Problem besteht darin, dass das Papier die ungleichen Lebenschancen und mangelhaften Zukunftsperspektiven in großen Teilen der Welt nicht als Fluchtgründe definiert, sondern diese in den Bereich der „Migration“ verschiebt, wo sie hinter der intra-EU-Migration verschwinden. Damit ist aber der Blick auf die zentrale Triebkraft der heutigen Migrationsbewegungen verstellt. Denn die Masse der Flüchtlinge aus Afrika flüchten nicht vor Krieg, Hunger oder Klimakatastrophen, sondern vor den mangelhaften Zukunftsperspektiven in ihren Ländern. Dasselbe gilt in Wahrheit auch für die Masse der Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, die aus der Tristesse der Lager fliehen. Man darf nicht vergessen, dass die Flüchtlinge in den zentralen Aufnahmeländern wie Jordanien keine Arbeitserlaubnis haben und nur die rudimentärste Bildung für ihre Kinder bekommen. Von den sonstigen Umständen ganz zu schweigen.

Eine internationalistische Migrationspolitik, die die Fluchtursachen in den Blick nimmt, muss also zuallererst bei dieser Frage ansetzen. Und es ist klar, dass die Politik der internationalen Solidarität ihre Hoffnungen nicht allein auf die Zugeständnisse des Westens setzen kann. Eine Aufstockung der Entwicklungshilfe und bessere Handelsabkommen sind wichtig, aber sie bringen nicht das, was das Papier bei der Bekämpfung der Fluchtgründe zurecht als ersten und wichtigsten Punkt genannt hat: die Schaffung von „Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Zukunftschancen vor Ort“. Aus ihrer eigenen Geschichte weiß die Sozialdemokratie, dass so etwas nicht (von außen) verordnet werden kann, sondern (von innen) erkämpft werden muss. Die Politik des pragmatischen Internationalismus muss seine Hoffnungen daher vor allem auf die politische Ermächtigung und Emanzipation des „globalen Südens“ setzen⁶³. Emanzipation nicht nur von den westlichen Staaten und Konzernen, sondern vor allem auch von den eigenen korrupten Machthabern, die die Migration als bequemes Ventil gegen den sozialen Protest missbrauchen⁶⁴. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es diese Emanzipationsnotwendigkeiten zu unterstützen. Ein mögliches Instrument dafür könnte eine Wiederentdeckung der *Sozialistischen Internationale* sein. Im Papier ist die Rede von einer „aktiven Neutralitätspolitik“, was die Internationale miteinschließt. Auch wenn ihre Mitgliedsparteien nicht mehr die Stärke und Bedeutung zu Zeiten eines Bruno Kreisky oder Olof Palme haben, ist sie dennoch ein über die EU-Staaten hinausgehendes internationales Netzwerk, das – bei entsprechendem politischen Willen – immer noch über Gestaltungsmacht verfügen würde.

Ein „blinder Fleck“: Arbeitsmigration als Entwicklungspolitik

Die Notwendigkeit einer Bekämpfung der Fluchtursachen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass kurz- und mittelfristig auch Abkommen über eine *legale Arbeitsmigration* notwendig sein werden. Arbeitsvisa für Erntehelfer, Pflegekräfte, Austauschprogramme für Studenten, Jobs für Fachkräfte – und zwar in nennenswerten Dimensionen. Der Punkt wird im Papier zwar am Rande angesprochen, kommt aber mit der Tatsache ins Gehege, dass am österreichischen Arbeitsmarkt schon jetzt zu viele ausländische Arbeitskräfte tätig sind - nämlich aus den neuen EU-Mitgliedsländern. Eine Migration, die im Papier als „unantastbar“ bezeichnet wird. Der Ausländeranteil am Arbeitskräftepotential beträgt aktuell etwa 20%, deutlich mehr als die demographische Lücke erforderlich macht, der üblichen ökonomischen Begründung für die positive Netto-Migration. Schon beim Erreichen von 10% warnte die Gewerkschaft Anfang der 1990er vor Lohndruck und einer Überforderung der Infrastruktur⁶⁵. Und die Situation heute ist kein bisschen anders⁶⁶. Natürlich kann und muss die Politik auf die verstärkte Zuwanderung mit fiskalischer Expansion reagieren – mehr Wohnungen, Schul- und Kindergartenplätze, Jobs und so weiter. Da dieser Politik aber gewisse Grenzen gesetzt sind, muss die Sozialdemokratie (wieder!) anerkennen, dass die Migrationssteuerung ein Instrument der Konfliktvermeidung darstellt, die die Akzeptanz für Zuwanderung und Interkulturalität sicherstellt⁶⁷. Das gilt besonders für die Arbeitsmigration aus den neuen Mitgliedsländern. Denselben Ländern, die sich weigern Flüchtlinge aufzunehmen und jede sinnvolle Reform des europäischen Asylsystems verhindern.

Wenn die Sozialdemokratie der Verantwortung einer internationalistischen Flüchtlingspolitik gerecht werden will, dann muss sie die Arbeitsmigration aus Osteuropa infrage stellen, zumindest in diesem Ausmaß. Andernfalls muss die Zielvorstellung von Arbeitsvisa für den globalen Süden schale Theorie bleiben. Die Position im Kaiser-Doskozil-Papier („unantastbar“) ist insofern enttäuschend, als die Partei schon weiter war. Im Wahlprogramm 2017 hat die SPÖ unter dem Motto „Besser, nicht billiger!“ einen „Schutzmechanismus für den Arbeitsmarkt“ vorgeschlagen, der vorsah, dass – bei hoher sektoraler Arbeitslosigkeit – die Arbeitsmarktprüfung wiedereingeführt wird⁶⁸. Nur wenn sich für eine Stelle kein geeigneter Arbeitsloser im Inland findet, kann sie ohne Einschränkungen an neu Zuziehende oder Einpendelnde vergeben werden. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit wäre nicht abgeschafft, sondern an Bedingungen geknüpft. Profitieren würden beispielsweise die Köche. Im Tourismus herrscht akuter Mangel, weil viele Köche ihren Beruf nicht mehr ausüben und umsteigen wollen. Doch anstatt die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, um den Beruf attraktiver zu machen, lösen Gastronomie und Tourismus das Problem durch ausländische Arbeitskräfte. Die rechten Parteien haben den Beruf inzwischen sogar für Migration aus Drittstaaten geöffnet. Hier offenbart sich die Inkonsistenz des neuen Nationalismus, die markant an die Inkonsistenz des alten erinnert. Schon im Habsburgerstaat waren es die deutschnationalen und konservativen Fabrikanten, die die tschechischen Arbeiter in großer Zahl als billige Arbeitskräfte nach Wien holten, aber gleichzeitig Bürgermeister Lueger unterstützten, der (auch) dadurch den „deutschen Charakter“ der Stadt bedroht sah.

Klar ist, dass der Internationalismus nicht um die *Europäische Union* herumkommt, nicht nur wegen der Frage eines EU-weiten Asylsystems. Als mächtige Kooperationsmaschine der europäischen Nationalstaaten ist sie ein unverzichtbares *Asset* in einer globalisierten Weltwirtschaft. Es würde zu weit führen hier die sozialdemokratische EU-Politik und das perspektivische Verhältnis von EU und Nationalstaaten zu diskutieren. Klar ist jedenfalls, dass die Nationalstaaten und ihre Solidarsysteme (zumindest) mittelfristig nicht durch europäische Institutionen und Identitäten ersetzbar sind und bestenfalls durch diese ergänzt werden können. Dabei ist allerdings auch Vorsicht geboten. Gerade die Eurokrise und die daran anknüpfende „Rettungspolitik“ haben uns die Schattenseiten einer neoliberalen Integration samt Entmachtung der Nationalstaaten deutlich vor Augen geführt. Ein pragmatischer Internationalismus wird daher versuchen die EU als Werkzeug zu nützen, um die inner- und internationale Solidarität der Nationen gegenüber den Einschränkungen einer globalisierten

Wirtschaft zu stärken und zu *ermächtigen*. Die Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit zeigt, dass man dabei an einer Debatte über die EU-Verträge nicht vorbeikommen wird.

Conclusio oder „Was tun?“

Wie schon im Habsburgerstaat bedroht der Nationalismus die Sozialdemokratie in ihrer Substanz. Der von den rechten Parteien geschürte „Fremdenhass“ ist dabei nicht nur moralisch verwerflich, sondern gefährdet durch die Spaltung der Nation auch die identitären Grundlagen von Solidarität und Sozialstaat. In der Sozialdemokratie hat man das Problem inzwischen (zumindest teilweise) erkannt, bislang aber keine taugliche Lösung gefunden. Während das Parteizentrum den Kopf in den Sand steckt, beteiligen sich die Ränder an den identitätspolitischen Scharmützeln der rechten Parteien und vergrößern das Problem noch zusätzlich.

Ein Gutteil der Orientierungslosigkeit hat mit dem verschütteten Wissen um die Verbindung aus nationaler und sozialer Frage zu tun. Die Sozialdemokratie war stark, wie sie ihre internationale Gesinnung mit einem gesunden Patriotismus und einem Stolz auf die nationale Solidargemeinschaft verbinden konnte. Man denke an Mitterand, Palme, Kreisky. Die heute übliche Gleichsetzung von Nation und Nationalismus raubt der Sozialdemokratie unglaubliches Potential, weil die Partei den Nationalstaat den Rechtspopulisten überlässt, statt ihn selbst zu besetzen.

Um politisch wieder auf die Beine zu kommen, sollte die Sozialdemokratie aus der Not eine Tugend machen und (gemeinsam mit der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft) die Suche nach der verlorenen Tradition der inklusiven Nation beginnen. Eine mögliche Perspektive dafür ist der Interkulturalismus Kanadas, der eine traditionell diverse Gesellschaft um eine interkulturelle Leitkultur herum integriert, in der sich alle Kulturgemeinschaften an die gemeinsamen Regeln des Zusammenlebens anpassen, sonst aber keinem Assimilierungsdruck ausgesetzt sind. Schon die Austromarxisten um Renner und Bauer wussten, dass eine derartige „Bestandsgarantie“ für die Nationalitäten das Potential hat den nationalen Zwistigkeiten die Grundlage zu entziehen. Die zeitgemäße österreichische Umsetzung dieses Programms könnte in der Reform des Volksgruppengesetzes liegen, mit der die Minderheiten als Volksgruppen endlich ihre formale Aufnahme in die österreichische Nation finden. Ergänzend dazu braucht es eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und einen pragmatischen Internationalismus in der Migrationspolitik, der die Verantwortung gegenüber den Entrechteten der Welt *und* der nationalen Solidargemeinschaft im Blick hat. Die neue migrations- und integrationspolitische USP der SPÖ wäre demnach: mehr Gleichberechtigung nach innen, bei klarem Bekenntnis zu geregelter Zuwanderung.

Die übliche linke Kritik daran die Nation wieder progressiv aufzuladen ist meist, dass die Nation für die Sozialdemokratie keine taugliche Perspektive (mehr) sei, weil „strukturell nationalistisch“, „machtlos gegenüber der Globalisierung“ und ähnliches. Diese Kritiker plädieren dann in aller Regel für den Aufbau und/oder die Stärkung alternativer Identitäten wie Klasse, Europa oder regionale Zugehörigkeiten. Dabei unterschätzen sie, dass 1) die Nation nicht unvereinbar mit den genannten alternativen Identitäten ist, 2) die Nation auch in Zukunft die wichtigste demokratisch legitimierte Solidargemeinschaft bleiben wird (und damit das wesentliche Werkzeug sozialdemokratischer Politik) und 3) die Identifikation der Menschen mit „ihrer“ Nation ungebrochen hoch ist. Das gilt gerade für jene Gruppen, die die SPÖ an die rechten Parteien verloren hat und zurückgewinnen muss, wenn sie wieder hegemonial werden will.

Mit der interkulturellen Einigung der Nation könnte die SPÖ der Spaltungspolitik der rechten Parteien eine Alternative entgegenstellen, die das Potential hat, die traditionelle Wählerkoalition der Sozialdemokratie, die einfachen Leute und das progressive Bildungsbürgertum, wieder hinter der SPÖ zu vereinigen. Wenn es ihr gelingt, diesen *dritten Weg* hegemonial zu verankern, hat sie eine gute Chance zu überleben und wieder gestaltungsmächtig zu werden. Andernfalls läuft sie Gefahr im Konflikt zwischen Nationalismus und Kosmopolitismus endgültig zerrieben zu werden.

Die zentrale Empfehlung also ist: HANDELN. Schluss mit der Vogelstrauß-Politik. Die Debatte um die nationale Identität und Solidarität darf nicht länger ignoriert, sondern muss aktiv geführt werden. Und ja, ohne Regierungs- und Medienmacht ist es schwierig Themen zu setzen. Entschuldigung ist das aber keine. Auch im 19. Jahrhundert musste die Partei ohne diese Unterstützung auskommen. Damals hatte sie nur den Glauben an sich und die Bedeutung ihres politischen Programms. Die SPÖ ist immer noch extrem mitgliederstark, hat fähige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Gewerkschaften. Sie kann Politik machen, indem sie die Partei hinter einem Programm versammelt. Und sie kann die Zivilgesellschaft dazu holen – die migrantischen Communities, die NGOs, die Wissenschaft – und eine Debatte beginnen, der sich die rechten Parteien nicht länger entziehen können. Niemand weiß ob es gelingt, aber versucht sie es nicht, hat sie schon verloren.

¹ Arbeiterkammer Wien, dominik.bernhof@akwien.at.

² Unter Kosmopolitismus oder Weltbürgertum versteht man die Anschauung der Überholtheit der Nationen, nationalen Kulturen und Nationalstaaten und ihrem perspektivischen Aufgehen in einer Weltgesellschaft respektive Weltstaat. Der Kosmopolitismus hat seine modernen Ursprünge im klassischen Liberalismus und fand über Marx und Engels, später auch Kautsky, Eingang in die Sozialdemokratie. Mit dem Aufstieg des Nationalitätsprinzips in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erwies sich der Kosmopolitismus, der in der Praxis immer die Hegemonie der großen, herrschenden Nationen bedeutete, als politisch aber immer weniger durchhaltbar. Vor allem Lenin erkannte die Bedeutung der kleinen Nationen und ihrer Autonomiebewegungen für die sozialistische Sache und proklamierte das *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, das seit der Jahrhundertwende eine Kernmaxime der 2. Internationale und der ihr angehörenden Parteien ist. In (links)liberalen Kreisen ist der Kosmopolitismus aber bis heute populär.

³ Zur nationalen Frage in der Habsburgermonarchie siehe insbesondere Mommsen H. (1979) *Nationalitätenfrage und Österreich-Ungarische Monarchie*, in: Ders. (1979) *Arbeiterbewegung und Nationale Frage*, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 34, Vandenhoeck & Ruprecht, S. 127-217.

⁴ Bauer O. (1924) *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, 2. Auflage, in: Otto Bauer Werkausgabe. Hg. v. der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der Österr. Arbeiterbewegung, Europaverlag 1975, S. 49-622.

⁵ Dass freilich auch die Arbeiter der herrschenden, imperialistischen Nationen für den Nationalismus anfällig waren, zeigen Marx' berühmte Äußerungen zu den nationalen Streitereien der irischen und englischen Arbeiter im britischen Empire des 19. Jahrhunderts. „*Das revolutionäre Feuer des keltischen Arbeiters vereinigt sich nicht mit der soliden, aber langsamen Natur des angelsächsischen Arbeiters. Im Gegenteil, es herrscht in allen großen Industriezentren Englands ein tiefer Antagonismus zwischen dem irischen und englischen Proletarier. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen als einen Konkurrenten, der die Löhne und den standard of life (Lebensstandard) herabdrückt. Er empfindet ihm gegenüber nationale und religiöse Antipathien. Er betrachtet ihn fast mit denselben Augen, wie die Poor whites (armen Weißen) der Südstaaten Nordamerikas die schwarzen Sklaven betrachteten. Dieser Antagonismus zwischen den Proletariern in England selbst wird von der Bourgeoisie künstlich geschürt und wachgehalten. Sie weiß, daß diese Spaltung das wahre Geheimnis der Erhaltung ihrer Macht ist.*“ Marx K. (1870) Resolutionsentwurf des Generalrats über das Verhalten der britischen Regierung in der irischen Amnestiefrage, Jänner 1870, MEW, Bd. 16, S. 388.

⁶ Hall, S. (2018) *Rasse, Ethnie, Nation. Das verhängnisvolle Dreieck*, Suhrkamp.

⁷ Auf die globalisierungs- und migrationsbedingte Re-Konfiguration des politischen Konflikts, weg vom Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit, hin zum „Kulturkrieg“ zwischen Kosmopolitismus und Nationalismus (der „schmutzigen“ Variante des Kommunitarismus), haben diverse linke Sozialwissenschaftler hingewiesen. Siehe dazu Streeck W. (2018) *Between Charity and Justice: Remarks on the Social Construction of Immigration Policy in Rich Democracies*, Culture, Practice & Europeanization, Vol 3 (2), S. 3-22 oder Merkel W. (2017) *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie*; In: *Parties, Governments and Elites*. Vergleichende Politikwissenschaft. Hg. v. Harfst P., Kubbe I., Poguntke T., Springer 2017, S. 9-23.

⁸ Siehe dazu Fazi und Mitchell, die die globalisierungsbedingte Machtlosigkeit des Nationalstaats als neoliberale Konstruktion ablehnen und eine Rückbesinnung der politischen Linken auf den Nationalstaat einfordern (*Reclaiming the State. A Progressive Vision of Sovereignty for a Post-Neoliberal World*, Pluto Press 2017). Ihre Argumente haben etwas für sich, die Absage an jede Form der multilateralen Zusammenarbeit erscheint aber jedenfalls überzogen, zumal diese Kooperation auch das Potential hat die nationale Souveränität zu erhöhen.

⁹ Diverse Auswertungen zeigen, dass „Ausländer“ mehr ins österreichische Sozialsystem einzahlen als sie herausbekommen. Es stimmt zwar, dass dieses Bild auch mit den niedrigeren Pensionsleistungen (infolge des relativ jungen Durchschnittsalters) zu tun hat. Aber würde man um diesen Unterschied zur Gesamtbevölkerung bereinigen, müsste man auch um alle anderen sozialen Unterschiede wie Bildungsstand, Erwerbsstatus oder Einkommen bereinigen. Ein solcher Vergleich vergleichbarer Gruppen wurde bislang nicht vorgenommen, weswegen man mit der groben Gegenüberstellung das Auslangen finden muss.

¹⁰ Für einen guten Überblick über die sozialdemokratische Migrations- und Integrationspolitik der SPÖ seit Mitte der 1980er siehe Gruber, O. (2018) *Mehr als nur „the economy stupid!“ – Österreichs Sozialdemokratie und ihr ambivalentes Verhältnis zu Migration*; In: *Flucht Migration und die Linke in Europa*, Hg. v. Bröning, M. und Mohr, C., J.H.W. Dietz 2018, S. 92-110.

¹¹ Misik, R. (2010) *Zwischen den Stühlen*; In: *Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben! Schafft die Sozialdemokratie den Turnaround?* Hg. v. Broukal, J., Goldegg 2017, S. 205-218.

¹² SPÖ (2018) *Flucht – Asyl – Migration – Integration*, Antrag Bundesparteivorstand, September 2018.

¹³ Siehe dazu auch das großartige Buch von Bröning M. (2018) *Lob der Nation. Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen*, Dietz Standpunkte 2018.

¹⁴ Hobsbawm, E. (1991) *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Campus.

¹⁵ Für eine Einführung in die ideologische Genese der Sozialdemokratie siehe zB Berman, S. (2006) *The Primacy of Politics. Social Democracy and the Making of Europe's Twentieth Century*, Cambridge University Press.

¹⁶ Zur historischen Rolle der Sozialpolitik in der Nationsbildung siehe ua Leisering, L. (2003) *Nation State and Welfare State: An Intellectual and Political History*, *Journal of European Social Policy*, Vol 13 (2), S. 175-185, für Deutschland oder Mooney, G. and Williams, C. (2006) *Forging New „Ways of Life“? Social Policy and Nation Building in devolved Scotland and Wales*, *Critical Social Policy* Vol 26 (3), pp 608-629 für Großbritannien.

¹⁷ Habermas J. (1996) *Der europäische Nationalstaat – Zu Vergangenheit und Zukunft von Souveränität und Staatsbürgerschaft*; In: Ders. *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur polit. Theorie*, Suhrkamp, S. 128-153.

¹⁸ Siehe dazu auch Hobsbawm's Ausführungen zum „Staatspatriotismus“ der Arbeiterklasse (1991:106ff).

¹⁹ Hall, P. (2017) *The Political Sources of Social Solidarity*; In: *The Strains of Commitment: Solidarity in Diverse Societies*, Hg. v. Banting, K. and Kymlicka, W., Oxford University Press 2017, S. 201-232.

²⁰ Hobsbawm, E. (1991).

²¹ Zur Genese des Solidaritätsverständnisses in der Sozialdemokratie siehe Stjernø, S. (2004) *Solidarity in Europe. The History of an Idea*, Cambridge University Press.

²² Alesina, A. and Stantcheva, S. (2020) *Diversity, Immigration and Redistribution*; AEA Papers and Proceedings, Vol 110, S. XX-XX.

²³ Alesina, A., Glaeser, E., Sacerdote, B. (2001) *Why Doesn't the United States Have a European-Style Welfare State?*, *Brookings Papers on Economic Activity*, 2:2001, S. 187-254.

²⁴ Market Umfrage (n=800, Juni 2018), *Der Standard*, Montag, 9. Juli 2018.

²⁵ Integrationsbericht 2019, S. 97.

²⁶ Unique Research (n=800, August 2018), abgefragt über profil.at.

²⁷ Ministerratsvortrag 55/15, „Entlastung Österreich“.

²⁸ Alesina, A. and Stantcheva, S. (2020) S. XX.

²⁹ Banting, K. and Kymlicka, W., ed (2007) *Multiculturalism and the Welfare State. Recognition and Redistribution in Contemporary Democracies*, Oxford University Press.

³⁰ Siehe dazu bspw Kowall, N. und Lindner, F. (2017) *Rightwing Populism and the Social Question*, *Social Europe Blog*, 11th April 2017; verfügbar unter: <https://www.socialeurope.eu/right-wing-populism-social-question>.

³¹ Misik, R. (2010), S. 216.

³² OECD (2018) *Working Together for Local Integration of Migrants and Refugees*, OECD Publishing.

³³ In Habermas' Verständnis ist die Nation in einer historischen Ambivalenz zwischen der universalistischen, staatsbürgerlichen Tradition des Republikanismus und einem nach ethnisch-kultureller Homogenität strebenden Nationalismus gefangen. Der Nationalismus erscheint als historisch notwendige „Antriebskraft“, um den Menschen die durch die Volkssouveränität vermittelte Gemeinschaft zu Bewusstsein zu bringen. Im Zeichen seiner „Götterdämmerung“ (Globalisierung usw.) muss der Nationalstaat nun sein nationalistisches Erbe abstreifen und der Republikanismus lernen „auf eigenen Beinen zu gehen“. (Habermas, 1996)

-
- ³⁴ Schriefer, P. (2016) What's the difference between multicultural, intercultural, and cross-cultural communication?, Spring Institute; online verfügbar unter: <https://springinstitute.org/whats-difference-multicultural-intercultural-cross-cultural-communication/>
- ³⁵ Emerson, M. (2011) *Summary and Conclusions*; In: Interculturalism. Europe and its Muslims. In Search of Sound Societal Models, Hg. v. Emerson, M., Centre for European Policy Studies, S. 1-16; online verfügbar unter: <http://aei.pitt.edu/32656/1/79. Interculturalism.pdf>.
- ³⁶ Für eine Einführung in den Multikulturalismus/Interkulturalismus in Kanada siehe Chiasson, M. (2011) A Clarification of Terms. Canadian Multiculturalism and Quebec Interculturalism, McGill University; online verfügbar: <https://pdfs.semanticscholar.org/b780/6b6f5c25f6d111cb28cd187531e73b9a05c7.pdf>; oder Taylor, C. (2012) Interculturalism or Multiculturalism? *Philosophy & Social Criticism*, Vol 38 No 4-5, S. 413-424
- ³⁷ Übersetzung des Autors.
- ³⁸ Banting, K., Kymlicka, W., Harell, A., Wallace, R. (2019) *Beyond National Identity: Liberal Nationalism, Shared Membership and Solidarity*; In: *Liberal Nationalism and Its Critics: Normative and Empirical Questions*, Hg. v. Gustavsson, G., Miller, D., Oxford University Press, S. XX-XX.
- ³⁹ Kymlicka, W. (1998) *Finding Our Way: Rethinking Ethnocultural Relations in Canada*, Oxford University Press.
- ⁴⁰ Für eine Zusammenfassung zur deutschen Leitkultur-Debatte siehe Tibi, B. (2017) Leitkultur als Integrationskonzept – revisited. Zwei missglückte deutsche Debatten 2000-2017, Bundeszentrale für Politische Bildung; online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/255521/leitkultur-als-integrationskonzept-revisited>
- ⁴¹ Siehe bspw das Integrationsverständnis der EU-Kommission: „Integration should be understood as a two-way process based on mutual rights and corresponding obligations of legally resident third country nationals and the host society which provides for full participation of the immigrant. This implies on the one hand that it is the responsibility of the host society to ensure that the formal rights of immigrants are in place in such a way that the individual has the possibility of participating in economic, social, cultural and civic life and on the other, that immigrants respect the fundamental norms and values of the host society and participate actively in the integration process, without having to relinquish their own identity.“ European Commission, Communication on Immigration, Integration and Employment, COM(2003)336, Brussels, 3 June 2003
- ⁴² Zizek, S. (2015) *Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror*, Ullstein, S. 80.
- ⁴³ Hall, S. (2018), S. 141ff.
- ⁴⁴ Als Personen mit Migrationshintergrund betrachtet die Statistik Austria jene, die entweder selbst im Ausland (1. Generation) geboren oder deren Eltern *beide* im Ausland geboren wurden (2. Generation).
- ⁴⁵ Spracherwerb ist eine soziale Frage. Neben einer umfassenden Unterstützung (Sprachkurse usw) könnten daher auch die Anforderungen nach Bildungsstand, Alter usw differenziert werden.
- ⁴⁶ Slowenen, Tschechen, Ungarn, Kroaten und Roma.
- ⁴⁷ Ein möglicher Gradmesser für die Größe könnte die Mitgliederanzahl der Notariatskammer sein, rd 1.000 Personen. Oder der Zahnärztekammer, rd 5.000 Personen.
- ⁴⁸ Der jetzt schon mögliche „Muttersprachliche Unterricht“ (auf Antrag) erreicht über alle Schultypen hinweg keine 15% aller Schülerinnen und Schüler mit einer anderen Erstsprache als Deutsch und ist stark ausbaufähig. Eine gewisse Bedeutung hat er nur in der Volksschule, wo der Anteil rd ¼ beträgt.
- ⁴⁹ Die Hintergründe für die schwächeren Bildungsleistungen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind ein komplexes Phänomen, das nicht auf einen Faktor reduziert werden kann. Es ist aber unstrittig, dass die Kenntnis der Schulsprache des Aufnahmelandes ein entscheidender Faktor ist. Die Frage ob und inwieweit die bessere Kenntnis der Erstsprache das Erlernen dieser Schulsprache erleichtert ist daher ein wichtiger Puzzestein des Gesamtkomplexes und wird auch intensiv und kontroversiell diskutiert. Für einen guten Überblick über die Zusammenhänge mit Fokus auf Österreich siehe unter anderem Herzog-Punzenberger, B., Unterwurzacher, A. (2009) *Migration – Interkulturalität – Mehrsprachigkeit. Erste Befunde für das österreichische Bildungswesen*; In: Österreichischer Bildungsbericht 2009 und Herzog-Punzenberger, B., Schnell, P. (2012) *Die Situation mehrsprachiger Schüler/innen im österreichischen Schulsystem – Problemlagen, Rahmenbedingungen und internationaler Vergleich*; In: Österreichischer Bildungsbericht 2012.
- ⁵⁰ Das zeigt das Beispiel der österreichischen Arbeiterkammern, die – durch entsprechende Koordination – die freien Gewerkschaften stärken, nicht schwächen.
- ⁵¹ <https://religion.orf.at/stories/2867492/>
- ⁵² Die Partizipation an den liberalen Freiheitsrechten und den solidarischen Sicherungssystemen ist in aller Regel nicht an die Staatsbürgerschaft, sondern an einen legalen Aufenthaltsstatus geknüpft.

⁵³ Internationaler Migrations- und Integrationsindex, MIPEX, Subkategorie „Access to Nationality“; online verfügbar unter: <http://www.mipex.eu/access-nationality>.

⁵⁴ Karasz, L. und Perchinig, B. (2013) Staatsbürgerschaft (in Österreich, Anm.): Konzepte, aktuelle Situation, Reformoptionen, Arbeiterkammer Wien; online verfügbar unter: https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Studie_Staatsbuergerschaft.pdf.

⁵⁵ Leitbild und Hintergründe abrufbar unter: <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/leitbild-miteinander-in-vielfalt>

⁵⁶ Zizek (2015:11) zur migrationspolitischen Debatte der letzten Jahre: *„Die Linksliberalen fragen empört, wie Europa es zulassen kann, dass Tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken – sie plädieren dafür, dass Europa sich solidarisch zeigen und seine Türen weit aufmachen solle. Populistische Einwanderungsgegner indes fordern dazu auf, die europäische Lebensweise zu schützen, und sind der Meinung, Afrikaner und Araber sollten ihre Probleme selbst lösen. Beide Lösungen sind schlecht, aber welche ist schlechter? Um Stalin zu paraphrasieren: Sie sind beide schlechter.“* Aus dieser Erkenntnis leitet Zizek die Notwendigkeit eines neuen Klassenkampfes ab, der von der „globalen Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten“ getragen wird (Ebd., S. 89).

⁵⁷ In einer Presseaussendung des ÖGB vom 14.02.2018 beispielsweise vertritt der Gewerkschaftssekretär Bartl (in Reaktion auf eine Kritik der Hoteliersvereinigung) die Position, dass internationale Solidarität *nicht* bedeutet „Arbeitskräfte verschiedener Nationen gegeneinander auszuspielen“, indem die Unternehmen die Fachkräfte aus dem Ausland holen, um Löhne zu drücken und ihre Ausbildungspflichten zu umgehen. Ähnlich argumentiert auch Otto Bauer in Kapitel XX der Nationalitätenfrage „Die Arbeiterklasse und die nationalen Kämpfe“. Der VSStÖ Wien wiederum vertritt auf seiner Webseite (<https://wien.vsstoe.at/alerta/>) die Losung „Refugees Welcome und Hoch die internationale Solidarität“. Es ist natürlich völlig klar, dass sich die hier genannten Interpretationen auf völlig unterschiedliche Zusammenhänge beziehen. Die Darstellung zeigt aber, dass das Verständnis von internationaler Solidarität äußerst vielschichtig ist.

⁵⁸ Spannend dazu Goodharts Eindrücke aus Großbritannien, der kritisiert, dass Labour diesen Punkt in seiner Migrations- und Integrationspolitik völlig vernachlässigt hat: *„Wenn aber unsere europäischen Gesellschaften – Magnete für Millionen von Flüchtlingen – sich weiterhin erfolgreich entwickeln wollen, müssen sie eine gewisse gegenseitige Wertschätzung und gemeinsame Identität zwischen anonymen Bürgern bewahren. Das heißt, dass die Zuwanderung auf eine Größenordnung beschränkt werden muss, bei der es noch möglich ist, die Menschen in dieses schwer Definierbare aufzunehmen, das wir ‚nationale Kultur‘ oder ‚Lebensweise‘ nennen. Die Alternative wäre eine Gesellschaft aus separaten Gruppen, die zwar jeweils intern starke Bindungen aufweisen, aber kein Bewusstsein für das Gemeinwesen haben. Die Linke hat diese grundlegenden Wahrheiten vergessen. Diesen Hintergrund muss man verstehen, um nachvollziehen zu können, was an New Labours Einwanderungspolitik nach Tony Blairs Wahlsieg von 1997 so furchtbar schiefliegend.“* Goodhart, D. (2018) *Einwanderung als aggressivste Form der Globalisierung: Die Linke in Großbritannien*; In: *Flucht Migration und die Linke in Europa*, Hg. v. Bröning, M. und Mohr, C., J.H.W. Dietz 2018, S. 346-361.

⁵⁹ Für die Genese vom liberalen, rein an den Unternehmerinteressen ausgerichteten Migrationsregime des 19. Jahrhunderts, zu einer sozialdemokratisch geprägten Politik des „Inländervorrangs“ siehe bspw. Caestecker F. (1998) *The Changing Modalities of Regulation in International Migration within Continental Europa, 1870-1940*; In: *Regulation of Migration. International Experiences*, Hg. v. Böcker A., Groenendijk K., Havinga T., Minderhoud P., Aksant Academic Publishers 1998, S. 73-98. Gegen diese historische Tatsache wird immer wieder der Stuttgarter Sozialistenkongress 1907 ins Treffen geführt, der belegen soll, dass die unregelmäßige Migration im Sinne ‚offener Grenzen‘ die einzig „wahre“ Migrationsposition der Sozialdemokratie sein soll. Tatsächlich ist die damalige Kongressposition zur Migrationspolitik aber kein „zeitloses Gebot“, sondern eine – durch die damaligen Verhältnisse gut begründete – Fundamentalkritik an einem rein unternehmerorientierten Migrationsregime einer Arbeiterbewegung gegenüber feindlich eingestellten „Ausbeuterstaaten“. Mit der nationalen Integration der Sozialdemokratie nach dem 1. Weltkrieg und den damit verbundenen politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten, gerieten die Beschlüsse schnell in Vergessenheit und spielte für die praktische Migrationspolitik von Gewerkschaften und Sozialdemokratie keine wesentliche Rolle mehr.

⁶⁰ Symbolisch für den pragmatischen Internationalismus Jaurés steht sein berühmtes Zitat zum Verhältnis von Nation und Internationalismus aus 1913: *„In der Internationale findet die Unabhängigkeit der Nationen ihre höchste Gewähr; in den unabhängigen Nationen wiederholt die Internationale die stärksten und edelsten Organe. Man könnte fast sagen: Ein wenig Internationalismus entfernt vom Vaterland, viel Internationalismus führt zum Vaterland zurück. Ein wenig Patriotismus entfernt von der Internationale, viel führt zur Internationale zurück.“* Zit. n. Schulz H. (2014) *Europäischer Sozialismus – Immer anders*, BWV, S. 113

⁶¹ Paradigmatisch das Statement von Kurz auf einer von den Bundesländerzeitungen organisierten Konfrontation der Spitzenkandidaten Kern, Kurz und Strache im September 2017 in Linz. Der Autor war

persönlich anwesend. Der damalige Außen- und Integrationsminister Kurz erklärte das Migrationsproblem als reines Geburtsthema. Auf die Frage, ob er sich eine Änderung der Handelsabkommen vorstellen könnte, die den afrikanischen Staaten mehr Spielraum geben würden, antwortete er knapp und klar, dass er keine Verschlechterungen für die österreichische Wirtschaft akzeptieren könne.

⁶² Aktuelle Beispiele dafür sind die Abschaffung des Kumulationsprinzips ab 2020, die Regionalisierung der Mangelberufsliste, die Öffnung der Rot-Weiß-Rot-Karte und ähnliches mehr.

⁶³ Siehe dazu auch Zizek (2015:47): *„Die harte Lektion für die Flüchtlinge lautet, dass es kein Norwegen gibt, nicht einmal in Norwegen selbst. Sie werden lernen müssen, ihre Träume zu zensieren: Statt ihnen in der Wirklichkeit nachzujagen, sollten sie sich darauf konzentrieren, die Wirklichkeit zu verändern.“*

⁶⁴ Für eine Darstellung der systemkonservierenden Effekte der Migration am Beispiel Mittelamerikas siehe Weiss, S. (2019) Zölle gegen Migranten. Trump attackiert die Zuwanderung, verschärft aber ihre Ursachen. Doch auch Mexikos humanitärer Ansatz ist gescheitert, Internationale Politik und Gesellschaft, 13.06.2019.

⁶⁵ Arbeiterkammer (1991) *Angebotsschock am Arbeitsmarkt*, Wirtschaft und Gesellschaft, Vol 17(2), 131-139.

⁶⁶ Werner M. (2016) *Arbeitslosigkeit ist kein Phantom*, Der Trend 7/2016.

⁶⁷ Kienzl, H. (2008) *Arbeitsmarktregulierung – ein Instrument der Konfliktvermeidung*, SWS-Rundschau Vol 48(3), S. 362-370.

⁶⁸ SPÖ Wahlprogramm 2017, S. 28f.